

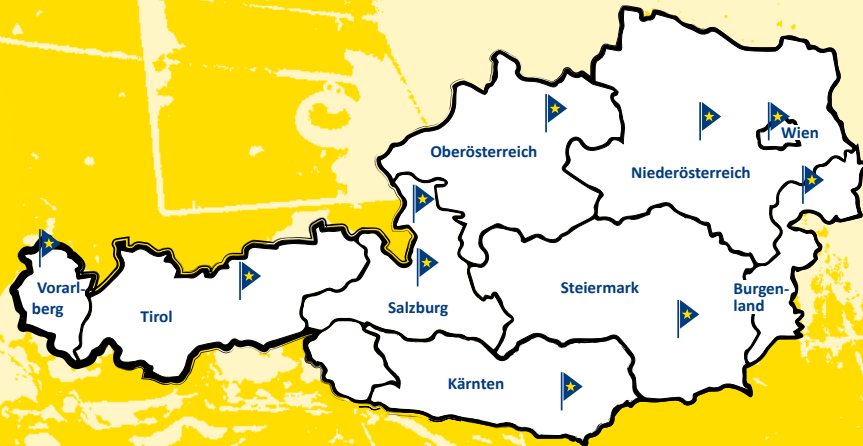
30
JAHRE
gemeinsam



**WACHSEN
IN EUROPA**



... ist das Informationsnetzwerk der Europäischen Kommission für alle Bürger:innen der Europäischen Union (EU). Mehr als 400 dieser Informationsstellen gibt es in den 27 Mitgliedstaaten – in Österreich sind es zehn, die Auskünfte zu allen EU-Angelegenheiten anbieten und Fragen auch zu regionalen Fördermöglichkeiten beantworten. Das Angebot von EUROPE DIRECT umfasst Informationsmaterial sowie die Organisation von Veranstaltungen, Diskussionen und Vorträgen. Darüber hinaus vermittelt das Netzwerk Fachreferent:innen und ist erste Anlaufstelle bei Fragen zu EU-Förderungen.



Die Zentren von EUROPE DIRECT fungieren als lebendige Begegnungsorte zwischen der Bevölkerung und der EU. Sie bieten einen offenen Raum, um über EU-Themen zu sprechen, regen zum Dialog an und arbeiten eng mit anderen EU-Informationsnetzwerken sowie Kontaktstellen zusammen. Die Zentren fördern lokale und regionale Diskussionen über die EU und setzen Maßnahmen, um die Menschen mit klaren Informationen zu erreichen. EUROPE DIRECT schafft somit einen Kanal für direktes Feedback an die EU-Institutionen. Mit jährlich über einer Million Anfragen geben die EUROPE DIRECT Zentren den politischen Entscheidungsträger:innen in Europa einen authentischen Einblick in die Anliegen, Sorgen und Gedanken der Menschen.

EUROPE DIRECT Netzwerk Österreich
www.europainfo.at



30 Jahre Österreich in der EU – WACHSEN IN EUROPA



Mit 1. Jänner 2025 jährt sich der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union zum 30. Mal. Die elfteilige Wanderausstellung „30 Jahre Österreich in der EU – Wachsen in Europa“ erinnert nicht nur an den langen Weg zur Mitgliedschaft, sondern auch an Österreichs aktive Rolle bei der Gestaltung des größten Friedens- und Gemeinschaftsprojekts der Welt.

Die Ausstellung veranschaulicht, wie die EU-Mitgliedschaft das Leben in Österreich bereichert hat – mit überwiegend positiven Auswirkungen für die Bürger:innen. Sie regt auch dazu an, die Vorteile der EU-Mitgliedschaft zu reflektieren, indem sie einen hypothetischen Blick auf ein Österreich ohne EU-Zugehörigkeit wirft und damit die Bedeutung der europäischen Integration unterstreicht. Anhand konkreter Leit- und Beispielprojekte, die EU-weit gefördert und umgesetzt wurden, wird greifbar gemacht, wo die EU im Alltag wirkt und welche Vorteile und Benefits sie uns Europäer:innen bringt.

Besonders spannend sind die Einblicke der jüngeren Generation, die in die EU hineingeboren wurde. Ihre Erfahrungen mit Programmen wie Erasmus+ verdeutlichen, wie viele Vorteile der EU heute als selbstverständlich wahrgenommen werden. Die Sonderausstellung bietet zudem die Möglichkeit, persönliche Geschichten von EU-Bürger:innen über O-Töne abzurufen – einfach QR-Code scannen und entdecken!

Die Wanderausstellung wird während des gesamten Jubiläumsjahrs und darüber hinaus in ganz Österreich zu sehen sein. Betreut und verwaltet wird diese von den zehn EUROPE DIRECT Zentren.

Für weiterführende Inhalte zu den Themen der Wanderausstellung, die in elf Roll-ups plakativ und übersichtlich aufbereitet sind, wurde diese Begleitbroschüre erstellt. Ergänzend gibt es vertiefende Informationen im Internet, die über QR-Codes auf den Roll-ups und auch in der Broschüre per Scan aufgerufen werden können.

Wir wünschen euch eine spannende und bereichernde Auseinandersetzung mit dem Thema Österreichs Beitritt und Mitgliedschaft in der Europäischen Union.

**Die Mitarbeiter:innen des österreichischen
EUROPE DIRECT Netzwerks
und Partner:innen des Projekts**

Beitrittsgeschichte und -verhandlungen

Bereits lange vor dem EU-Beitritt am 1. Jänner 1995 nahm Österreich Verhandlungen mit den **Gründerstaaten der Europäischen Union auf**: Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande. Damals war dieser Zusammenschluss noch als **Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)** bekannt.

Die Sowjetunion lehnte Österreichs Bestrebungen ab, der EGKS beizutreten, da alle sechs Mitgliedstaaten zugleich auch NATO-Mitglieder waren. Eine Mitgliedschaft war für das neutrale Österreich zu diesem Zeitpunkt daher ausgeschlossen. Um wirtschaftlichen Nachteilen zu entgehen, trat Österreich 1960 der neu gegründeten **European Free Trade Association (EFTA)** bei. Dies ermöglichte den freien Warenaustausch mit den EFTA Partnerländern wie dem Vereinigten Königreich, Norwegen, Portugal, Schweden, Dänemark und der Schweiz.



©Fredex - stock.adobe.com

In den 1980er-Jahren planten die **Europäischen Gemeinschaften (EG)** die Schaffung eines gemeinsamen Binnenmarktes, der den freien Verkehr von Waren, Arbeitskräften, Dienstleistungen und Kapital für ihre Mitgliedstaaten ermöglichen sollte. Auch die österreichische Wirtschaft sollte von diesem Vorteil nicht ausgeschlossen bleiben. Am 17. Juli 1989 überreichte Österreichs Außenminister Alois Mock dem Vorsitzenden des Rates für auswärtige Angelegenheiten, Roland Dumas, den österreichischen Beitrittsantrag.

Die Beitrittsverhandlungen begannen am 1. Februar 1993 und umfassten 29 Kapitel, die schrittweise abgeschlossen wurden. Der erfolgreiche Abschluss wurde am 12. April 1994 verkündet. Zwischenzeitlich war aus den Europäischen Gemeinschaften die **Europäische Union (EU)** geworden.

Da der EU-Beitritt eine „Gesamtänderung“ der Österreichischen Bundesverfassung darstellte, war eine Volksabstimmung erforderlich. Am 12. Juni 1994 stimmten 66,6 % der Österreicher:innen für den EU-Beitritt und der Vertrag wurde zwölf Tage später unterzeichnet.

Am **1. Jänner 1995** traten **Österreich, Schweden** und **Finnland** im Zuge der vierten Erweiterung gemeinsam der Europäischen Union bei.



Da Deutschland und Italien – zwei der wichtigsten Exportländer Österreichs – nicht Teil der EFTA waren, wurde eine engere Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten der EGKS und der **Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)** immer wichtiger. 1972 folgte ein Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Ländern, der EGKS und der EWG.

»Viele junge Menschen, mich eingeschlossen, haben die EU-Mitgliedschaft Österreichs als gegeben angesehen. Erst später erkannte ich, wie wertvoll die Mitbestimmung in einem globalen Kontext ist. Die EU ist mehr als ein Wirtschaftsraum, sie ist ein Wertebündnis, das Demokratie und soziale Gerechtigkeit fördert und Raum für Innovation sowie Umweltschutz bietet.«

Caroline Kuba
Geschichte Oida!



Video

Hin zur Europäischen Union

Am 5. Mai 1949 gründeten zehn westeuropäische Länder den **Europarat**, um Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu stärken. Ziel war ein enger Zusammenschluss, der das gemeinsame Erbe bewahren, dessen Ideale und Grundsätze schützen und den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt fördern sollte. Die Organisation wurde geschaffen, um künftige bewaffnete Konflikte in Europa zu verhindern.

Davon unabhängig unterzeichneten **Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg** und die **Niederlande** 1952 auf Basis des Schuman-Plans einen Vertrag über die gemeinsame Kontrolle von Kohle und Stahl. Damit sollte sichergestellt werden, dass kein einzelnes Land Kriegswaffen herstellen und diese gegen andere richten kann. **Diese Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)** wurde so zum ersten Schritt in Richtung eines dauerhaften Friedens in Europa.

Die **Europäische Menschenrechtskonvention** trat am 3. September 1953 in Kraft. Mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge 1957 wurden die **Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)** sowie die **Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM)** gegründet. Diese Verträge leiteten eine neue Ära verstärkter Zusammenarbeit in Europa ein. Ziel der EWG war die Schaffung einer Zollunion und eines gemeinsamen Marktes mit freiem Verkehr von Personen, Dienstleistungen und Waren. EURATOM verfolgt mit der „Vergemeinschaftung der Nukleartechnik“ das Ziel, zur Sicherung des Friedens in Europa beizutragen.

Zeitgleich begann der Kalte Krieg, der Europa für mehr als 40 Jahre spaltete. 1967 schlossen sich die EGKS, EWG und EURATOM zu den **Europäischen Gemeinschaften (EG)** zusammen. Den ersten Zuwachs erhielten die EG **1973** durch den Beitritt von **Dänemark, Irland** und dem **Vereinigten Königreich**. 1979 einigte sich das erstmals direkt gewählte Europäische Parlament auf die Einführung des **Europäischen Währungssystems (EWS)**, das die Stabilität der Währung sichern sollte. Dieses System ebnete schließlich den Weg zur Europäischen Währungsunion und zum **Euro**, der seit 2002 offizielles Zahlungsmittel ist. 1981 trat **Griechenland** den EG bei, gefolgt von **Portugal** und **Spanien** im Jahr 1986.

1992 wurde der **Vertrag von Maastricht** unterzeichnet. Zwei zentrale Punkte des Vertrags sind die **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)** und die Schaffung einer einheitlichen Währung, die 1999 als Buchgeld und 2002 als Bargeld umgesetzt wurde. Am 1. November 1993 traten diese Vereinbarungen in Kraft und mit dem Vertrag von Maastricht wird die **Europäische Union (EU)** gegründet. Kurz darauf wurde der gemeinsame Binnenmarkt geschaffen, der bis heute den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen garantiert. Dank des **Schengen-Abkommens** reisen EU-Bürger:innen innerhalb des Schengen-Raums ohne Grenzkontrollen.

1995 traten **Österreich, Finnland** und **Schweden** der EU bei. Nach der Einführung

des Euro als Bargeld im Jahr 2002 erfolgte 2004 die bisher größte Erweiterung der EU um zehn neue Mitgliedstaaten: **Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Ungarn** und **Zypern**. 2007 wurden **Bulgarien** und **Rumänien** EU-Mitglieder, gefolgt von **Kroatien** im Jahr 2013. Damit wuchs die EU auf 28 Mitgliedstaaten an.

Am 1. Dezember 2009 trat der **Vertrag von Lissabon** in Kraft. Der Vertrag strebt an, die EU demokratischer, effizienter und transparenter zu gestalten und ihre Handlungsfähigkeit bei globalen Herausforderungen wie Klimawandel, Sicherheitsthematiken und nachhaltigen Entwicklungen zu stärken.

Klimawandel und Umweltzerstörung stellen eine existenzielle Bedrohung unserer Welt dar. Mit dem europäischen „**Grünen Deal**“, der im Dezember 2019 beschlossen wurde, sollte und soll der Übergang zu einer modernen, ressourcenschonenden und wettbewerbsfähigen Wirtschaft gelingen.

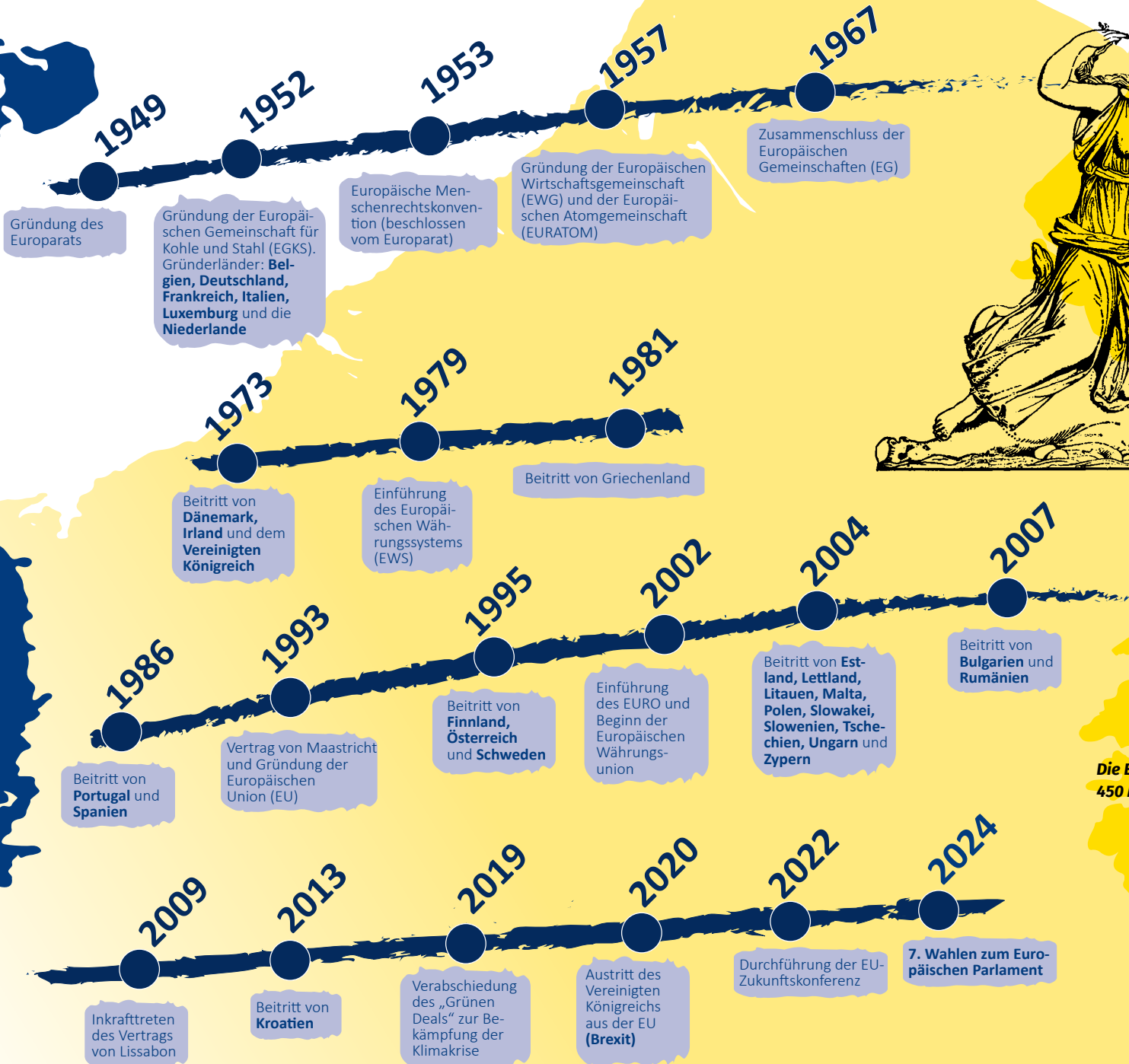
Am 31. Jänner 2020 vollzog das Vereinigte Königreich offiziell seinen Austritt aus der EU. Der sogenannte **Brexit** hatte seither weitreichende Folgen für den internationalen Handel, für die öffentliche Verwaltung und das Leben der britischen Bürger:innen. Die EU bemüht sich nach wie vor, die daraus resultierenden Herausforderungen durch ein Handels- und Kooperationsabkommen mit dem Vereinigten Königreich so gering wie möglich zu halten. Im selben Jahr wurde die Welt von der **Coronakrise** getroffen, mit der alle Staaten zu kämpfen hatten. Die EU-Mitgliedsländer setzten alles daran, ihre Gesundheitssysteme weitestgehend zu entlasten und die Menschen mit den nötigen Impfstoffen zu versorgen. Mithilfe des bisher größten **Konjunkturpakets** aus dem EU-Haushalt sollte Europa nach der COVID-19-Krise wieder Aufschwung erlangen. Der Fokus lag dabei auf einem grüneren, stärkeren und krisenfesteren Europa. Der Einmarsch Russlands in die **Ukraine** im Jahre 2022 brachte weitere Herausforderungen mit sich. Die EU und ihre internationalen Partner:innen verhängten strenge Sanktionen gegen Russland und unterstützen die Ukraine finanziell, humanitär und militärisch.

Im Juni 2024 fanden die siebten Europawahlen statt. Dabei wählten die EU-Bürger:innen die neuen Mitglieder des Europäischen Parlaments, die als zentrale Entscheidungsträger:innen in der EU die Arbeit an Gesetzen fortsetzen, die für das Leben aller Europäer:innen von Bedeutung sind.

Die EU ist heute ein Staatenverbund von **27 Ländern** mit rund **450 Millionen EU-Bürger:innen**.

Vom Mittelmeer bis zum Polarkreis und von der osteuropäischen Tiefebene bis zur Atlantikküste erstrecken sich die Mitgliedstaaten der EU. Unterschiedliche Sprachen, Nationalitäten, ethnische Zugehörigkeiten, vielfältige Lebensräume, Staats- und Gesellschaftsstrukturen sowie individuelle Geschichten, religiöse und kulturelle Wurzeln – all das prägt die Identität der Europäischen Union.

Hin zur Europäischen Union



©Morphart - stock.adobe.com

Die Europäische Union heute: 27 Mitgliedsländer, rund 450 Millionen EU-Bürger:innen – vereint in Vielfalt.



Wer macht was in der EU?



Die Europäische Union verfügt über eine einzigartige institutionelle Struktur und ihr Beschlussfassungssystem entwickelt sich ständig weiter. Sieben Organe, acht Einrichtungen und zahlreiche weitere Agenturen, die in der gesamten EU verteilt sind, arbeiten eng zusammen, um die gemeinsamen Interessen der Mitgliedsländer und der europäischen Bevölkerung zu wahren.

Dabei prägen vier Beschlussfassungsorgane die EU-Verwaltung: das Europäische Parlament, der Europäische Rat, der Rat der Europäischen Union und die Europäische Kommission. Gemeinsam geben sie die politische Richtung der EU vor und steuern den Gesetzgebungsprozess in unterschiedlichen Funktionen. Ihre Arbeit wird vom Gerichtshof der Europäischen Union, der Europäischen Zentralbank und dem Europäischen Rechnungshof unterstützt.



Das **Europäische Parlament** besteht aus 720 Abgeordneten aus allen EU-Mitgliedstaaten. Diese Abgeordneten werden alle fünf Jahre von den wahlberechtigten EU-Bürger:innen direkt ins Parlament gewählt und repräsentieren somit die „**Stimme der EU-Bürger:innen**“. Zu den wesentlichen Aufgaben gehören die

- Verabschiedung von EU-Rechtsvorschriften,
- Aufstellung des Haushaltsplans der EU in Zusammenarbeit mit dem Rat der Europäischen Union,
- Entscheidungen über internationale Abkommen und EU-Erweiterungen,
- demokratische Kontrolle aller EU-Organe,
- Wahl der Kommissionspräsidentin oder des Kommissionspräsidenten,
- Genehmigung des Mehrjährigen Finanzrahmens.

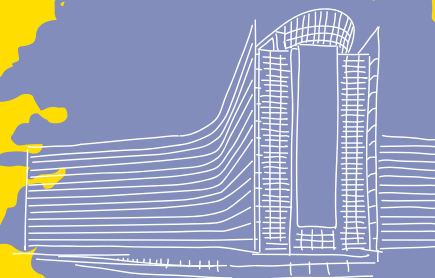
Das Europäische Parlament hat seinen Hauptsitz im französischen Straßburg, wo auch die monatlichen Plenartagungen stattfinden. Zusätzlich finden Ausschuss- und Plenarsitzungen in Brüssel statt.



Der **Rat der Europäischen Union** besteht aus den jeweiligen Fachminister:innen der Mitgliedstaaten. Gemeinsam mit dem Europäischen Parlament beschließen sie die Gesetze, die sie aber nicht selbst vorschlagen können. Dieses Recht obliegt der Europäischen Kommission.

Die **Europäische Kommission** besteht aus einem 27-köpfigen Kollegium, das durch ein Kommissionsmitglied pro Mitgliedsland gebildet wird und dem eine vom Parlament gewählte Präsidentin oder ein Präsident vorsteht. Die Kommission soll die gemeinsamen Interessen der Union wahren und ist das wichtigste Exekutivorgan der EU. Als „**Stimme der EU**“ ist sie ebenso angehalten, Gesetzesinitiativen einzubringen. Bei Verstößen kann die Kommission Mahnungen und Bußgelder verhängen oder Klagen beim Europäischen Gerichtshof einreichen. Ihren Sitz hat die Europäische Kommission in Brüssel und unterhält Vertretungen in allen Mitgliedsländern.

Der **Europäische Rat** besteht aus den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer. Den Vorsitz führt eine Präsidentin oder ein Präsident, der oder die alle zwei einhalb Jahre gewählt wird und im Gremium kein Stimmrecht besitzt. Die Amtszeit der Präsidentin bzw. des Präsidenten kann nur einmal verlängert werden. Mindestens viermal im Jahr treffen sich die Mitglieder, um den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kurs der EU sowie die allgemeinen Ziele festzulegen. Der Europäische Rat fungiert als die „**Stimme der EU-Mitgliedstaaten**“.

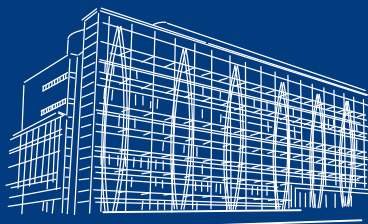




Der **Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH)** stellt sicher, dass das Unionsrecht in allen Mitgliedstaaten sowie den nationalen und EU-Institutionen eingehalten wird und Verträge korrekt umgesetzt werden. Das vom Europäischen Gerichtshof geschaffene Recht auf Richterspruch ist von großer Bedeutung und Wirksamkeit. Der EuGH setzt sich aus dem Gerichtshof zusammen, der aus je einem Richter oder einer Richterin aus jedem Mitgliedstaat sowie der Generalanwaltschaft und dem Gericht besteht, das je zwei Richter:innen pro Mitgliedstaat umfasst. Der EuGH hat seinen Sitz in Luxemburg.

Die **Europäische Zentralbank (EZB)** sorgt für Preisstabilität im Euro-Währungsgebiet, steuert die Währungs- und Wechselkurspolitik und unterstützt wirtschaftspolitische Maßnahmen. Die Kontrolle der EU-Finzen obliegt dem **Europäischen Rechnungshof (EuRH)**.

Eine der bedeutendsten Einrichtungen, die den zentralen Organen der EU bei der Erfüllung ihrer vielfältigen Aufgaben beratend zur Seite steht, ist der **Europäische Ausschuss der Regionen (AdR)**. Er vertritt als „**Stimme der EU-Regionen**“ die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften – dazu zählen in Österreich die Bundesländer, Gemeinden und Gemeindeverbände. Der Ausschuss wird in Angelegenheiten, die für diese Gebietskörperschaften wichtig sind, konsultiert.



Quiz



Info



Was bedeutet es, ein EU-Mitgliedstaat zu sein?



Österreich nimmt wie alle Mitgliedstaaten der EU **gleichberechtigt** an Entscheidungsprozessen auf EU-Ebene teil. Österreich ist in allen europäischen Institutionen vertreten. So ist etwa der Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin **Mitglied des Europäischen Rates** und beteiligt sich an der Festlegung der allgemeinen politischen Ziele und Prioritäten der EU.

Im **Europäischen Parlament** repräsentieren **20 gewählte österreichische Abgeordnete** die Interessen der österreichischen Bevölkerung. Im **Rat der Europäischen Union** ist Österreich durch die zuständigen Fachminister:innen der jeweiligen Bundesministerien oder durch Staatssekretär:innen repräsentiert. Österreich stellt zudem wie jeder Mitgliedstaat ein Kommissionsmitglied der **Europäischen Kommission**.

Darüber hinaus sind österreichische Vertreter:innen in anderen EU-Institutionen und -Einrichtungen tätig, darunter im **Europäischen Gerichtshof**, in der **Europäischen Zentralbank**, im **Europäischen Rechnungshof**, im **Europäischen Ausschuss der Regionen**, im **Europäischen Auswärtigen Dienst**, im **Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss** oder in der **Europäischen Investitionsbank**.

Die **Ständige Vertretung Österreichs bei der EU** spielt eine zentrale Rolle bei der Wahrung österreichischer Interessen auf EU-Ebene. Diese „EU-Botschaft“ Österreichs in Brüssel ist die größte diplomatische Mission des Landes und setzt sich zusammen aus Diplomaten:innen, EU-Expert:innen aller österreichischen Bundesministerien, Vertreter:innen der Bundesländer, des Städte- und Gemeindebundes, der Sozialpartner:innen, Kammern sowie weiterer öffentlicher Einrichtungen.

Die zentrale Aufgabe der Ständigen Vertretung besteht darin, österreichische Interessen und Verhandlungspositionen gegenüber EU-Institutionen und anderen EU-Mitgliedstaaten zu vertreten.

Die Finanzierung der EU-Pläne und -Projekte erfolgt durch die sogenannten „Eigenmittel“ des **EU-Haushalts**. Diese setzen sich aus folgenden **Einnahmequellen zusammen**:



- einem Anteil des **Bruttonationaleinkommens der EU-Mitgliedsländer**, abhängig von ihrem wirtschaftlichen Wohlstand,
- **Einfuhrzölle** auf Waren aus Drittstaaten,
- einem kleinen Anteil der in den EU-Mitgliedstaaten erhobenen **Mehrwertsteuer**,
- einem mengenabhängigen **Beitrag für nicht recycelte Kunststoffabfälle** in jedem EU-Mitgliedsstaat
- sowie **Beitragszahlungen von Drittstaaten** zu bestimmten Programmen, **Verzugszinsen**, **Geldbußen**, **Überschüsse** aus dem Vorjahr und andere Einnahmen.

Die jährlichen Einnahmen und Ausgaben des EU-Haushalts müssen ausgeglichen sein, das heißt, sie müssen sich vollständig decken. Der EU-Haushalt ergänzt die nationalen Budgets, fördert das **Wirtschaftswachstum** und die **Wettbewerbsfähigkeit** auf EU-Ebene, stärkt die Wirtschaft und verbessert die geopolitische Stellung der EU.

Durch die **Bündelung der Ressourcen** lassen sich oft größere Fortschritte erzielen als auf nationaler Ebene – beispielsweise bei der Finanzierung von Forschungsprojekten. Daher werden die EU-Mittel nur dann eingesetzt, wenn Projekte oder Initiativen auf europäischer Ebene einen größeren Mehrwert bieten als auf nationaler Ebene.

Der größte Teil des EU-Haushalts fließt in die Förderung **regionaler Entwicklungsprogramme**, **Bildungs- und Forschungsinitiativen** der EU wie Erasmus+, die **internationale Entwicklung** und den **Schutz der Menschenrechte**. Darüber hinaus werden auch der **Umweltschutz**, die **Sicherung der EU-Außengrenzen** und die sozioökonomische **Entwicklung ländlicher Regionen** aus EU-Geldern finanziert.

Ein „Öxit“ mit Folgen



Klimawandel, Inflation, Krieg und Migration – wir leben in einer Zeit zahlreicher Krisen und Herausforderungen. Viele dieser Probleme lassen sich nicht im Alleingang einzelner Staaten, sondern nur durch internationale Zusammenarbeit lösen. Dennoch gewinnen politische Parteien mit stark nationalem Fokus seit Jahren an Einfluss, während die Zustimmung zu Staatenverbänden wie der EU schwindet. Doch was, wenn Österreich der EU nie beigetreten wäre – oder sie jetzt verlassen würde? Ein Gedankenexperiment:

Jakob ist 17 Jahre alt und lebt mit seiner Familie in Wien. Er besucht dort die Schule und strebt ein Studium nach der Matura an. Trotz des Vollzeiteinkommens seiner Eltern von etwa einer Million österreichischer Schilling (ATS) brutto pro Jahr, was heute etwa 72.670 Euro entspricht, ist die finanzielle Situation der Familie angespannt, denn ihre Ausgaben können sie damit gerade so decken. Da Österreich nicht EU-Mitglied ist, fallen hohe Einfuhrzölle und Importabgaben an, was viele Waren verteuert. Urlaubsreisen ins Ausland sind komplizierter als für Jakobs Freunde aus EU-Mitgliedstaaten – für einige europäische Länder besteht sogar Visumpflicht. Zudem sind die Personenkontrollen an den Grenzen zeitaufwendig und umständlich.

Jakob träumte immer davon, ein Auslandssemester zu absolvieren, doch die hohen Kosten und der bürokratische Aufwand machen es kaum realistisch. Sein Vater arbeitet bei einem Exportunternehmen und spürt die Auswirkungen der Grenzkontrollen deutlich – oft kommt er deshalb spät nach Hause. Das internationale Transportunternehmen, bei dem er zuvor tätig war, hat Österreich nach dem EU-Austritt (Öxit) verlassen. Um in einem anderen EU-Mitgliedstaat zu arbeiten, bräuchte er eine Aufenthaltsgenehmigung und ein Arbeitsvisum. Viele Unternehmen haben ihre Niederlassungen in Österreich geschlossen und in andere Länder verlegt. Dies hat zu höherer Arbeitslosigkeit und steigenden Preisen im Vergleich zu anderen europäischen Ländern geführt.

Trotz bestehender zwischenstaatlicher Kooperationen muss Österreich viele Herausforderungen allein bewältigen – etwa den Klimaschutz. Jakobs Mutter arbeitet im Ministerium für Umweltschutz und betont oft, dass Österreich ohne internationale Hilfe seine Klimaziele unmöglich alleine stemmen könne. Viele regionale Projekte, die früher mit EU-Fördermitteln

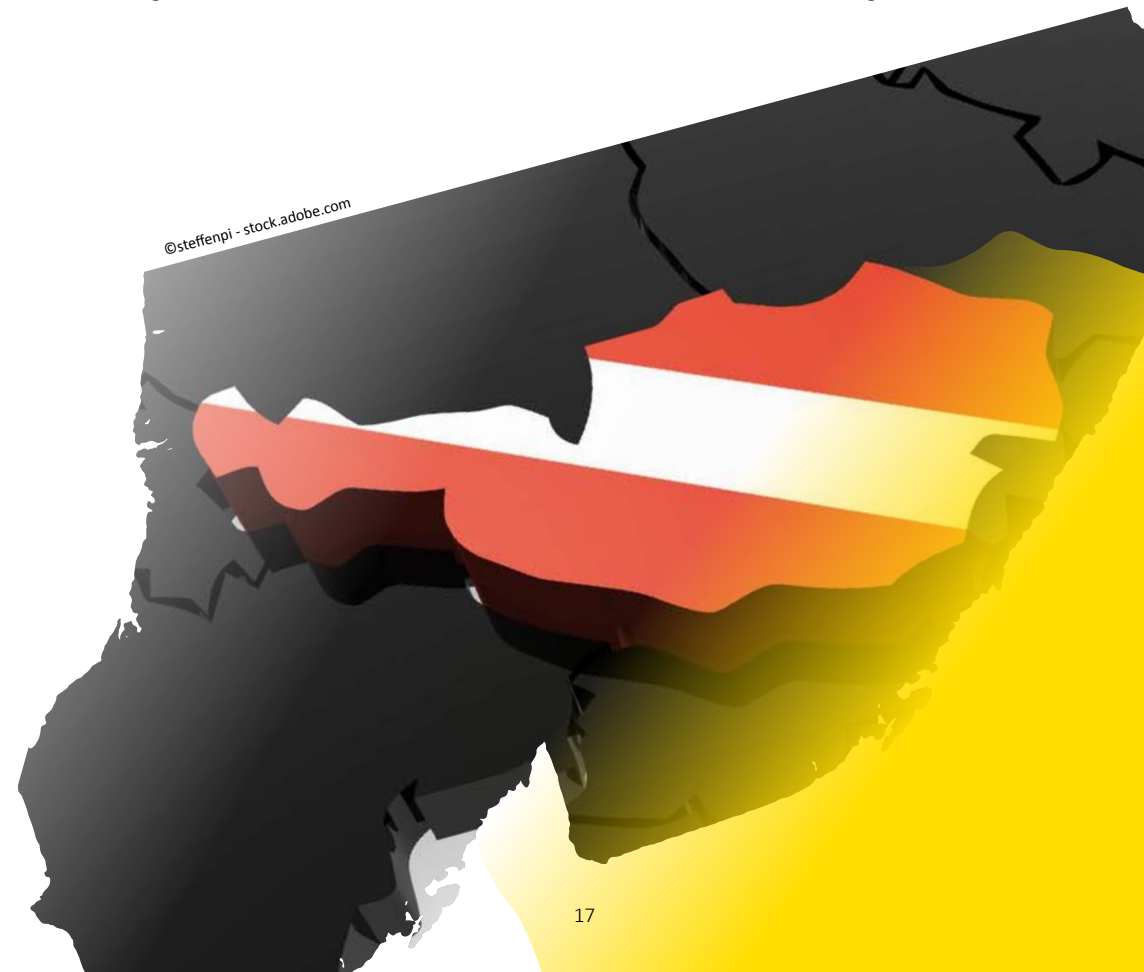


©Frederix - stock.adobe.com

kofinanziert wurden, mussten eingestellt werden. Die Kosten für erneuerbare Energien sowie für Öl und Gas sind deutlich höher als in den Nachbarländern. Möchte Jakobs Familie für eine Wärmepumpe oder ein Elektroauto sparen, muss sie zudem höhere Kreditzinsen und Zölle einberechnen.

Nur wenige regionale Betriebe konnten vom „Öxit“ profitieren – insbesondere jene, deren Erzeugnisse vorwiegend auf dem österreichischen Markt abgesetzt werden. Viele andere mussten ihre Produktion zurückfahren oder ganz aufgeben, da sie preislich nicht mehr konkurrenzfähig waren.

Zwar entfallen die Mitgliedszahlungen an die EU und die EU-Richtlinien gelten nicht mehr unmittelbar, doch viele Vorgaben müssen weiterhin eingehalten werden, um Produkte und Dienstleistungen auf dem EU-Markt anbieten zu können. Diese Anforderungen müssen nun durch nationale Gesetze geregelt werden. Insgesamt hat das einst dynamisch wachsende Land spürbar an Schwung verloren. Besonders in den Grenzregionen, die stark von der EU-Erweiterung und den engen Beziehungen zu den Nachbarstaaten profitierten, kippt die Stimmung zunehmend ins Negative. Der „Öxit“ hat neue Barrieren geschaffen, die die zuvor gewachsene Offenheit und Zusammenarbeit erheblich beeinträchtigen.



©steffenpi - stock.adobe.com

EU-Projekte in Österreich



**Klima.Fit.Woche.Burgenland | ELER |
#Burgenland**



Sandra Wallner
Naturpark Rosalia-Kogelberg

In Zusammenarbeit mit verschiedenen Partnerinstitutionen aus den Bereichen Natur- und Klimaschutz, Mobilität und Energieerzeugung wurde 2023 die erste Burgenländische Klima.Fit.Woche für Schulen und Kindergärten ins Leben gerufen. Nach dem erfolgreichen Auftakt wird die Veranstaltung nun jährlich fortgesetzt.

Mehr als 1.000 Kinder können innerhalb einer Woche mit viel Spaß Wissenswertes über Klima-Gewinner:innen und -Verlierer:innen in der Tier- und Pflanzenwelt kennenlernen, am eigenen Leib erleben, wie Windkraft wirkt, geschickt einen klimaneutralen Mobilitätsparcour absolvieren, mehr über klimafitte Landwirtschaft oder nachhaltige Energieerzeugung erfahren – und vieles mehr.

Wir stellen die wichtigsten Klima-Fragen:

- Was ist das Klima, der Treibhauseffekt und was kann man tun?
- Wie klimafit sind unsere Wälder und Böden?
- Wie sieht ein klimafreundlicher, sicherer Schulweg aus?
- Wer sind Klima-Gewinner:innen und - Verlierer:innen?



**FANcy – Frauen*.Arbeit.Nachhaltigkeit | ESF |
#Kärnten**



Petra Hanusch-Toschkov
Equaliz – Gemeinsam vielfältig:
Geschlechtergerechtigkeit, Chancengleichheit &
soziale Innovation in Beratung, Bildung und Arbeit

Die sogenannte NEET-Zielgruppe sowie junge Frauen* mit psychischen oder physischen Beeinträchtigungen sowie multiplen Bedürfnissen und Problemlagen stehen im Mittelpunkt des Projekts. Das Projekt verfolgt das Ziel, durch Mentoring, Beratung und Coaching, Bewusstseinsbildung, konkrete Bildungsangebote sowie Beschäftigung und Arbeitserprobungen die Chancengleichheit für benachteiligte Gruppen am Arbeitsmarkt zu erhöhen. Dadurch soll der Zugang zum ersten Arbeitsmarkt erleichtert, soziale Sicherheit gestärkt und unter anderem Armut sowie Einsamkeit von Frauen* im Alter bekämpft werden.

Die Beratung durch Equaliz trägt gezielt zur Bewusstseinsbildung für eine gesundheitsförderliche Arbeitswelt bei – sowohl in Betrieben als auch für erwerbstätige Personen mit multiplen Problemlagen und Beeinträchtigungen. Dies kann zur (Wieder-)Eingliederung in den Arbeitsmarkt beitragen, gesellschaftliche Teilhabe fördern, ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen und den sozialen Zusammenhalt stärken.



EU-Projekte in Österreich



Niederösterreichs Technopolprogramm | IWB/EFRE | #Niederösterreich



Claus Zeppelzauer
ecoplus. Niederösterreichs Wirtschaftsagentur GmbH

Mit dem EU-kofinanzierten Technopolprogramm Niederösterreich, das seit 2004 von ecoplus umgesetzt wird, konnten Ballungszentren für spezifische Technologieschwerpunkte geschaffen werden. Durch gezielte Standortentwicklung sowie Investitionen in Forschungsprojekte und Infrastruktur wurden an den Technopolen Krems, Tulln, Wiener Neustadt und Wieselburg Innovationszentren geschaffen, die sich mit Gesundheits- und Materialwissenschaften, Lebensmitteltechnologie, Bioenergie, Agrarwissenschaften, biobasierten Technologien und Kreislaufwirtschaft beschäftigen.

Die enge Vernetzung von Forschung, Bildung und Wirtschaft hat eine marktorientierte Innovationskultur hervorgebracht. Eine Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung economica aus dem Dezember 2024 bestätigt, dass das Technopolprogramm einen bedeutenden Wirtschaftsimpuls in Niederösterreich gesetzt hat. Mittlerweile sind 1.550 Forscher:innen an den Technopolen tätig und es wurden rund 3.800 Hightech-Arbeitsplätze in den Technologiefeldern geschaffen.



KLEINSTADTBIOTOP Vöcklabruck | IWB/ EFRE | #Oberösterreich



Petra Wimmer
Verein Kleinstadtbiotop

Das barrierefreie KLEINSTADTBIOTOP ist ein einzigartiger Wirtschaftsstandort im Herzen von Vöcklabruck – direkt am Stadtplatz. Hier stehen inklusive Beschäftigung, Zusammenarbeit und Teilhabe im Vordergrund. Täglich erleben rund 500 Gäste, wie Unternehmen, Sozialvereine und Menschen mit Beeinträchtigungen zusammenarbeiten, um gemeinsam eine belebte Innenstadt gestalten.

Das „Etwas andere Einkaufszentrum“ ist weit mehr als nur ein Ort zum Einkaufen:

- SOLIDARISCHER WIRTSCHAFTSSTANDORT mit zehn Shops und zwei Restaurants, die ein neues Wirtschaftsmodell entwickelt haben.
- Ein ZENTRUM FÜR SOZIALES, in dem unter anderem die Caritas und Amnesty Youth vertreten sind.
- GELEBTE INKLUSION, wenn Menschen mit Beeinträchtigungen in allen Bereichen aktiv mitarbeiten.
- DRITTER ORT mit einer konsumfreien Begegnungszone und einer Kinderspielfläche im Zentrum.
- Ein BIOTOP, PLATZ FÜR KINDER UND FAMILIEN, ein STANDORT FÜR KURSE UND WORKSHOPS, eine GALERIE FÜR REGIONALE KÜNSTLER:INNEN und ein ORT DER KOOPERATIONEN UND MÖGLICHKEITEN.



EU-Projekte in Österreich



FUTURAL | Horizon Europe |
#Salzburg



Josef Fanninger
Regionalverband Pongau

Ländliche Gebiete in Europa stehen vor einer Reihe gemeinsamer gesellschaftlicher und ökologischer Herausforderungen: Abwanderung, alternde Bevölkerung, Brain-Drain, Umweltveränderungen, eingeschränkte Erreichbarkeit sowie begrenzter Zugang zu öffentlicher Infrastruktur und Dienstleistungen.

Das Projekt FUTURAL setzt genau hier an: Es hilft dabei, diese Herausforderungen zu bewältigen und die Zukunft der ländlichen Gebiete zu stärken. Durch gezielte Maßnahmen sollen sie widerstandsfähiger und nachhaltiger werden, besser vernetzt sein und die Lebensqualität ihrer Bürger:innen verbessern.

- Ländliche Gebiete machen über 80 % der gesamten EU-Fläche aus und sind Heimat für 30 % der EU-Bevölkerung.
- Die Bevölkerung in den ländlichen Regionen ist im Durchschnitt älter als jene in Städten und Vororten.
- Junge Frauen verlassen ländliche Gebiete häufiger als junge Männer.
- Ein Drittel der ländlichen Bevölkerung lebt in einer Grenzregion.



Koralmbahn | Koralmtunnel |
CEF, NextGenerationEU |
#Steiermark, #Kärnten



Jürgen Egger
ÖBB-Infrastruktur AG

Die Koralmbahn ist eine zweigleisige, elektrifizierte Neubaustrecke zwischen Graz und Klagenfurt mit einer Länge von 130 km und einer Streckenhöchstgeschwindigkeit von 250 km/h.

Das Herzstück bildet der zweiröhrige Koralmtunnel mit rund 32,9 km Länge. Im Rahmen dieses Projekts entstehen 12 Bahnhöfe entlang der Neubaustrecke, darunter die Fernverkehrsbahnhöfe Weststeiermark und St. Paul im Lavanttal. Die Koralmbahn ist ein zentraler Abschnitt des Baltisch-Adriatischen Korridors und spielt eine zentrale Rolle im transeuropäischen Schienennetz. Sie stellt die östlichste alpenquerende Nord-Süd-Verbindung dar und verbindet die Häfen und Regionen der Ostsee, des Baltikums und Polens mit Zentraleuropa sowie die Häfen und Wirtschaftsregionen des oberen Adriatischen Raumes.

Das Projekt leistet einen wesentlichen Beitrag zur Modernisierung und Leistungssteigerung der Südstrecke. Güter kommen rascher, günstiger und umweltfreundlicher ans Ziel. Für Reisende bietet die Koralmbahn attraktive, schnelle Zugverbindungen – ab 2025 beträgt die Fahrtzeit zwischen Graz und Klagenfurt nur 45 Minuten.



EU-Projekte in Österreich



Dolomiti Live | Interreg | #Tirol

Gina Streit
Regionsmanagement Osttirol



Das Projekt „Was bedeutet Demokratie für mich?“ sensibilisiert junge Menschen in der Dolomiti Live Region für politische, gesellschaftliche und demokratische Fragestellungen. Ziel ist es, ihnen Werkzeuge zur eigenständigen Meinungsbildung in die Hand zu geben und sie gegen Manipulation zu stärken. Durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit entstehen maßgeschneiderte Bildungsformate für verschiedene Altersgruppen – von Schüler:innen bis hin zu angehenden Akademiker:innen. Ein digitales Dokument fasst die Ergebnisse und Erkenntnisse zusammen.

Das Projekt fördert den interregionalen Dialog, stärkt das Bewusstsein für demokratische Prozesse und regt zur aktiven Mitgestaltung in der Region an.



COURAGE | Interreg | #Vorarlberg

Peter Neudert
Regionalentwicklung Vorarlberg eGen



Im Jahr 1525 kämpften breite Bevölkerungsschichten im Bauernkrieg für mehr Rechte. Warum es auch heute essenziell ist, für Freiheit und Demokratie einzustehen, zeigt das COURAGE-Projekt anlässlich des 500-jährigen Gedenkens an dieses historische Ereignis.

Elf Gemeinden, Kultureinrichtungen und Initiativen aus Vorarlberg und Süddeutschland haben sich als Projektpartner:innen zusammengeschlossen, um Bürger:innen zur aktiven Beteiligung an demokratischen Prozessen zu mobilisieren.

Im Gedenkjahr 2025 finden über 100 Veranstaltungen und Ausstellungen statt, darunter:

- Eine Tagung im vorarlberg museum.
- Die „Bunte Nacht“ mit Fassadenprojektionen in Memmingen.
- Die Ausstellung „Frieden ist...?“ im Frauenmuseum in Hittisau, Vorarlberg.

Ein gemeinsam produzierter 60-minütiger Film zeigt an historischen Schauplätzen die Ereignisse des Bauernkriegs und schlägt eine Brücke in die Gegenwart. Darüber hinaus bleibt das Thema an „Erinnerungsorten“ auch über das Gedenkjahr hinaus präsent.



EU-Projekte in Österreich



**DREAM | IWB/EFRE Interreg |
#Wien**

Helmut Habersack
Universität für Bodenkultur Wien (BOKU)

Das am Brigittenauer Sporn in Wien errichtete Wasserbaulabor ist weltweit einzigartig. Durch einen 90 Meter langen und bis zu 25 Meter breiten Kanal im Untergeschoss des Labors können zwischen Donau und Donaukanal bis zu 10 Kubikmeter Wasser pro Sekunde geleitet werden. Damit können erstmals Modellversuche an Flüssen im Originalmaßstab durchgeführt werden. Gerade bei Versuchen mit Sedimenttransport, Vegetation oder Fischen ist ein möglichst großer Modellmaßstab – bis zu 1:1 – entscheidend, um eine möglichst akkurate Abbildung der Natur zu erhalten.

Das Wasserbaulabor fungiert gleichzeitig als innovative Forschungsstätte für internationale Forschungsk Kooperationen. Durch die Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen aus verschiedenen Ländern werden gemeinsam Lösungen für grenzübergreifende Herausforderungen wie Hochwasser, Dürre und Ökologie entwickelt.

Das Public Lab ist auch für die Öffentlichkeit frei zugänglich und bietet Besucher:innen die Möglichkeit, sich über Forschung und Prozesse in Fließgewässern zu informieren.



Meine EU-Geschichte

Erasmus+ und Europäisches Solidaritätskorps

Nicole Nageler | Erasmus+ Praktika



Nicole Nageler
Schülerin HLW Spittal/Spittal

Zwischen der 3. und 4. Klasse absolvieren die Schüler:innen der HLW Spittal/Drau ein dreimonatiges Pflichtpraktikum. Die Schule bietet die Möglichkeit, dieses Praktikum im Rahmen eines Erasmus+ Projektes im Ausland zu verbringen. Viele Schüler:innen nutzen dieses Angebot – im Sommer verteilen sich die Mobilitätsteilnehmer:innen: von Irland und Island über Schweden, Deutschland, Frankreich, Italien, Griechenland und Malta.

Lara Gassner | Europäisches Solidaritätskorps



Lara Gassner
Ehemalige Freiwillige bei
DE ARK GOUDA

Die ARK GOUDA ist eine Wohngemeinschaft, in der Menschen mit einer psychischen und/oder physischen Beeinträchtigung gemeinsam mit Menschen ohne Beeinträchtigung leben. Hier unterstützen sich alle gegenseitig – eine große WG. Die ARK GOUDA bietet den Menschen die Möglichkeit, selbstständig zu leben und in einer gemeinschaftlichen Umgebung aufzuwachsen. Ich sage immer: Die ARK ist wie eine (riesen)große Familie – denn egal, ob es nur die ARK GOUDA ist oder die ARK BELGIEN dazukommt, es ist immer ganz viel Charme und vor allem Liebe im Raum.

Felix Rastinger | Erasmus+ Jugendbegegnung



Felix Rastinger
support4youth.eu

Das Projekt „From the Mountains to the Sea“ wurde als Erasmus+ Jugendaustausch in enger Zusammenarbeit mit der Gemeinde Kirchham durchgeführt und ist Teil einer mehrstufigen Projektreihe. In drei Phasen – vom zentralen Gebirge Europas, den Alpen, über das Flachland der Niederlande bis zur Küste Norwegens – leisten Jugendliche im Rahmen von Erasmus+ Jugendaustausch einen Beitrag zum Umweltschutz. Diese Projektreihe soll das Bewusstsein für ökologische Netzwerke, Nachhaltigkeit, den Einfluss des Menschen auf die Natur sowie unsere Verantwortung für unsere Umwelt in der Gesellschaft schärfen. Die Teilnehmer:innen erleben sich selbst als wichtigen und handlungsfähigen Teil der Gesellschaft, der durch eigene Aktivitäten Einfluss auf Natur, Gesellschaft und die Zukunft Europas nehmen kann. Dabei nutzen sie das Wissen, das sie durch die Projekte und die gemeinsame Arbeit erlangen. 2024 waren 30 Teilnehmer:innen aus fünf Nationen in Kirchham beteiligt.

Europa mitgestalten, mitmischen, mitmachen



Die Europäische Union bietet dir vielfältige Möglichkeiten, deine Stimme einzubringen und aktiv Einfluss zu nehmen. Ob durch die Europäische Bürgerinitiative, dein Feedback auf der Plattform „Deine Meinung zählt“ oder deine Teilnahme an den Wahlen zum Europäischen Parlament – jeder kann mitwirken und dazu beitragen, dass die EU-Institutionen und deren Entscheidungsträger:innen die Anliegen ihrer Bürger:innen besser verstehen und danach handeln können. Nutze deine Chance, dein Europa mitzugestalten!



Aktiv wählen gehen

Die Wahlen zum Europäischen Parlament sind deine Chance, die Zukunft Europas mitzubestimmen! Alle fünf Jahre kannst du mit deiner Stimme entscheiden, wer dein Land im EU-Parlament vertritt. Mach mit und sei Teil der Veränderung!

Europäische Bürgerinitiative

Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) ist ein Werkzeug, mit dem Bürger:innen der EU direkt Einfluss auf die Politik nehmen können. Wenn mindestens eine Million Menschen aus mindestens sieben EU-Ländern eine Idee unterstützen, kannst du die Europäische Kommission auffordern, ein neues Gesetz vorzuschlagen. Gemeinsam können wir Themen voranbringen, die uns alle betreffen.



Jetzt mitgestalten:



Deine Meinung zählt

Die Plattform „Deine Meinung zählt“ der Europäischen Kommission ermöglicht es Bürger:innen, aktiv an der Gestaltung der EU-Politik mitzuwirken. Sie können Feedback zu geplanten Gesetzen, bestehenden Regelungen und politischen Initiativen geben. Die eingereichten Beiträge werden von der Kommission geprüft und in den Entscheidungsprozess einbezogen, um die Politik besser an die Bedürfnisse und Erwartungen der Menschen anzupassen.



Europa der Regionen

Burgenland – eine europäische Region

Der EU-Beitritt 1995 hat für das Burgenland positive Veränderungen mit sich gebracht. Während das Burgenland damals lediglich knapp 75 % des Bruttoregionalprodukts pro Kopf des EU-Durchschnitts erreichte, lag dieser Wert 2022 bereits bei 34.900, was 98,6 % des EU-Durchschnittswertes entspricht. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt den Regionalfördermitteln der EU zu verdanken. Auch die Bevölkerungszahl ist seit dem EU-Beitritt deutlich gestiegen – um 8,8 % auf 301.951 Einwohner:innen im Jahr 2024.

Lange Zeit galt das Burgenland aufgrund seiner geografischen Lage als periphere Region. Doch mit der Öffnung der Grenzen zu den Nachbarstaaten und dem EU-Beitritt hat sich die geografische Perspektive grundlegend verändert. Die Erreichbarkeit wirtschaftlicher Zentren und transnationaler Verkehrswege hat sich deutlich verbessert.

Besonders im Bereich der erneuerbaren Energien hat sich das Burgenland in den letzten Jahrzehnten zu einem Vorreiter in Österreich entwickelt. Aktuell stehen im Burgenland 426 Windräder mit einer Gesamtleistung von 1.026 MW. Dank dieser hohen Windkraftleistung können 40 % des gesamten Energieverbrauchs durch erneuerbare Energien gedeckt und 1,4 Milliarden Tonnen CO₂ im Vergleich zur konventionellen Stromerzeugung aus fossilen Kraftwerken eingespart werden – das entspricht den Emissionen von 590.000 Pkw.

Das Burgenland ist somit auf einem guten Weg, die europäischen Klimaziele zu erfüllen. Der europäische „Grüne Deal“ soll den Übergang zu einer modernen, ressourceneffizienten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft vorantreiben. Ein zentraler Bestandteil ist die Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien auf mindestens 42,5 % bis 2030 – ein Ziel, dem das Burgenland bereits heute einen großen Schritt nähergekommen ist.



Kärnten – eine europäische Region

Kärnten hat vom EU-Beitritt Österreichs und den darauffolgenden Erweiterungen stark profitiert. Durch die wachsenden wirtschaftlichen Verflechtungen innerhalb Europas konnte das Bundesland seine Rolle als Brückenbauer zwischen Zentral- und Südosteuropa weiter festigen. Zahlreiche heimische Unternehmen nutzen die Nähe zu den Wachstumsmärkten – sei es durch grenzüberschreitende Kooperationen, steigende Exporte oder Investitionen in der Region. Mit einem Bruttoregionalprodukt pro Kopf von 43.600 Euro erreicht Kärnten 123 % des EU-Durchschnitts.

Kärnten konnte aber auch im Rahmen verschiedener Förderprogramme innovative Projekte umsetzen. Aufgrund seiner geografischen Lage an der Schnittstelle zwischen Zentral- und Südosteuropa ist das Bundesland auch in der grenzüberschreitenden und transregionalen Zusammenarbeit aktiv – etwa in der Europaregion Senza Confini, der Donau- bzw. der Alpenraumstrategie und der Alpen Adria Allianz.

„In Vielfalt geeint./Združena v raznolikosti“ lautet seit dem Jahr 2000 das Motto der Europäischen Union. Es verdeutlicht, dass sich die Europäer:innen in der EU zusammengeschlossen haben, um sich gemeinsam für Frieden und Wohlstand einzusetzen, während gleichzeitig die kulturelle und sprachliche Vielfalt den Kontinent bereichert.

Mehrsprachigkeit ist in Kärnten – ebenso wie im Burgenland – Teil der regionalen Identität. Auch innerhalb der EU gehört sie zum Alltag: Derzeit werden 24 Sprachen als Amts- und Arbeitssprachen anerkannt. Alle Unionsbürger:innen haben das Recht, sich in einer dieser Sprachen an die EU-Organe zu wenden und eine Antwort in derselben Sprache zu erhalten.



Europa der Regionen

Niederösterreich – eine europäische Region

Niederösterreich hat vom EU-Beitritt enorm profitiert: Die Wirtschaftsleistung hat sich verdreifacht, die Exporte vervierfacht und die Investitionen versechsfacht. Seit dem EU-Beitritt 1995 verzeichnet Niederösterreich eine äußerst dynamische Bevölkerungsentwicklung. Im Jahr 2024 beträgt die Bevölkerungszahl 1.723.723 – ein Anstieg von 13,5 %. Besonders die zentralen Regionen verzeichneten hohe Zuwächse. Zwischen 2013 und 2023 ist die Bevölkerung um 6,2 % gewachsen, während der EU-Durchschnitt im gleichen Zeitraum lediglich bei 1,7 % lag. Diese positive Entwicklung zeigt sich in allen österreichischen Bundesländern deutlich stärker als im EU-Durchschnitt. Zudem entspricht die Bevölkerungsstruktur Niederösterreichs weitgehend dem europäischen Durchschnitt.

Große Teile Niederösterreichs zählen zum ländlichen Raum und liegen in Grenzregionen. Dadurch können umfassende Fördermittel aus verschiedenen EU-Programmen beansprucht werden und das geschieht sehr erfolgreich. Niederösterreich grenzt im Norden an Tschechien und im Osten an die Slowakei. In der Europäischen Union gibt es 40 solcher Binnengrenzen. Diese Regionen machen 40 % des EU-Territoriums aus und sind Heimat für knapp 30 % der EU-Bevölkerung. Grenzregionen werden oft als die Nahtstellen der Europäischen Union bezeichnet, schneiden jedoch im Vergleich zu anderen Regionen eines Mitgliedstaats häufig schlechter ab. Vielfach handelt es sich um periphere, ländlich geprägte Gebiete, die nicht zuletzt aufgrund der Grenzlage von den Zentren abgeschnitten waren oder es noch immer sind. Die INTERREG-Programme sollen dazu beitragen, die Entwicklung dieser Regionen zu fördern und den gegenseitigen Austausch in den Grenzregionen zu stärken.

Niederösterreich ist an den grenzüberschreitenden INTERREG-Programmen Österreich-Tschechien, Slowakei-Österreich und Österreich-Ungarn beteiligt. Seit dem EU-Beitritt 1995 konnte das Bundesland im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) über 660 Millionen Euro aus Brüssel abrufen – davon rund 540 Millionen Euro aus den Regionalprogrammen und über 120 Millionen Euro aus den grenzüberschreitenden INTERREG-Programmen. Mit diesen Mitteln konnten über 15.500 neue Arbeitsplätze geschaffen, 50.000 Arbeitsplätze gesichert und über 6.000 Projekte unterstützt werden.

Für die Periode 2021–2027 stehen Niederösterreich im Rahmen des IBW/EFRE- & JTF-Programm sowie der INTERREG-Programme rund 168 Millionen Euro zur Verfügung. Diese Mittel fließen unter anderem in die Förderung von Forschung, Technologie und Innovation, Wettbewerbsfähigkeit, die Stärkung von Klein- und Mittelbetrieben sowie in grenzüberschreitende Projekte. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf dem Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft.

Niederösterreich spielt in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung international eine Vorreiterrolle. Dank der intensiven Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich mit den benachbarten Regionen wurde Niederösterreich als erstes Bundesland von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als internationale Modellregion der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung ernannt.

Mit 24 % der gesamten land- und forstwirtschaftlichen Fläche Österreichs ist Niederösterreich das führende Agrarlandesland. Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP), ein zentraler Bestandteil der europäischen Politik, spielt für Niederösterreich eine entscheidende Rolle. 30 % des EU-Budgets fließen in die Förderung der wirtschaftlichen und ökologischen Anpassung der Agrarstruktur, die Versorgungssicherheit, die Einkommenssicherung landwirtschaftlicher Akteure sowie die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des ländlichen Raums.

Seit dem EU-Beitritt konnte Niederösterreich in diesem Bereich zusätzlich rund 12 Milliarden Euro an Fördermitteln für die Landwirtschaft erhalten. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich Niederösterreich zu einem führenden Wirtschafts-, Tourismus-, Wissenschafts- und Kulturstandort entwickelt und dadurch eine erhebliche Aufwertung erfahren. Es konnten zukunftsweisende Impulse gesetzt werden – etwa das KinderKunstLabor als nachhaltiges Instrument, um Kinder und Jugendliche an Kunst und Kultur heranzuführen, oder die ehemalige Synagoge St. Pölten als Ort einer lebendigen Erinnerungskultur.

Herausragende Beispiele hierfür der Aufbau der Technologiezentren und die Entwicklung der Technopole in Niederösterreich. Seit 1995 wurde der Ausbau der Infrastruktur an den Standorten Wiener Neustadt, Tulln, Krems und Wieselburg gefördert. In den vergangenen Jahren kam die Errichtung des Technologiezentrums in Seibersdorf sowie das Institute of Science and Technology (ISTA) in Klosterneuburg hinzu.



Europa der Regionen

Oberösterreich – eine europäische Region

Als Wirtschafts- und Exportbundesland konnte Oberösterreich seine ökonomischen Stärken durch den EU-Beitritt 1995 weiter ausbauen. Die Wirtschaft profitiert stark vom EU-Binnenmarkt und auch die Bevölkerungszahl ist seit dem EU-Beitritt um 6,9 % auf 1.536.059 im Jahr 2024 gestiegen.

Oberösterreich erreicht im Jahr 2022 mit einem Bruttoregionalprodukt von 50.700 Euro pro Kopf 143 % des EU-Durchschnittswerts. Die Außenhandelsintensität hat weiter zugenommen – in diesem Bereich belegt Oberösterreich mit 94,3 Milliarden Euro den Spitzenplatz in Österreich, gefolgt von Wien (84,1 Mrd. Euro) und Niederösterreich (67,1 Mrd. Euro).

Im Jahr 2022 verzeichnete Oberösterreich Exporte im Wert von 52,3 Milliarden Euro und Importe im Wert von 42 Milliarden Euro. Besondere Bedeutung für die oberösterreichische Exportwirtschaft haben Maschinen, Eisen und Stahl, elektrische Maschinen und Fahrzeuge. Wichtigstes Export- und Importland ist Deutschland, gefolgt von den USA und Italien bei den Ausfuhren.

Angesichts der starken Außenhandelsorientierung ist die Entwicklung der Infrastruktur – insbesondere der Transeuropäischen Netze (TEN) in den Bereichen Verkehr, Telekommunikation, Energie, – von entscheidender Bedeutung. Diese Netze stärken den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt. Die Donau als Wasserstraße und die Häfen als Güter- und Personenumschlagplätze sind zentrale Elemente dieser Transeuropäischen Netze (TEN). Ziel der TEN ist die Schaffung einer modernen und effektiven Infrastruktur, um europäische Regionen und nationale Netze besser zu verbinden. Sie bilden die Grundlage für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts der Europäischen Union und fördern Beschäftigung, da sie den freien Verkehr von Waren, Personen und Dienstleistungen gewährleisten. Für den Zeitraum 2021–2027 wurden rund 30 Milliarden Euro für den Ausbau der TEN bereitgestellt.

Die wichtigsten Wirtschaftsbeziehungen Oberösterreichs sowie der Waren- und Personenverkehr durch das Bundesland orientieren sich stark am „Rhein-Donau-Korridor“. Dies spiegelt sich sowohl in bisherigen als auch in künftigen Ausbauprioritäten sowie den bisherigen EU-Förderschwerpunkten wider.



Salzburg – eine europäische Region

Der EU-Beitritt 1995 hat für Salzburg zahlreiche positive Veränderungen mit sich gebracht: offene Grenzen, Exportsteigerungen, Know-how-Transfer sowie Regional- und Agrarförderungen haben viele innovative Projekte ermöglicht. Mit einem Bruttoregionalprodukt pro Kopf von 166,4 % des EU-Durchschnitts ist Salzburg das österreichische Bundesland mit der höchsten Wirtschaftsleistung pro Kopf in der EU. Die Attraktivität des Bundeslandes spiegelt sich auch in der Bevölkerungsentwicklung wider: Seit dem EU-Beitritt ist die Bevölkerung um rund 13 % auf 571.479 im Jahr 2024 gestiegen.

Laut AgrarMarkt Austria (AMA) und Bio Austria waren in Österreich insgesamt 695.180 Hektar biologisch bewirtschaftet – das entspricht 27,1 %. 24.148 Betriebe, also 22,7 %, sind Biobetriebe. In Salzburg werden sogar 57,6 % der landwirtschaftlichen Fläche biologisch bewirtschaftet und der Anteil der Bio-Betriebe liegt bei 51,7 %. Damit ist Salzburg nicht nur in Österreich, sondern innerhalb der EU die führende Bioregion.

Österreich nimmt seit Jahrzehnten eine Vorreiterrolle in der ökologischen Landwirtschaft in der Europäischen Union ein. Bereits mehr als 27 % der landwirtschaftlichen Flächen werden ökologisch bewirtschaftet – ein Wert, der deutlich über dem EU-Durchschnitt von rund 10 % liegt. Im Rahmen der von der EU-Kommission vorgelegten Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ – einer der zentralen Maßnahmen im Rahmen des europäischen „Grünen Deals“ – soll der Anteil der ökologischen Landwirtschaft in der EU bis 2030 auf 25 % steigen.

Im Jahr 2021 wurde das EU-Klimagesetz verabschiedet, das die Ziele des europäischen „Grünen Deals“ und der Langzeitstrategie rechtlich verbindlich macht. Zentrale Aspekte des Klimagesetzes sind die rechtliche Verankerung der Treibhausgasneutralität bis 2050 sowie eine Treibhausgasreduktion von 55 % bis 2030 im Vergleich zu 1990.

Wissenschaftlich fundierte empirische Grundlagen bilden die Basis für politische Entscheidungen. Auf der Wetterstation am Sonnblick (3.106 m) – der dritthöchsten Wetterstation in der EU und damit einer der höchstgelegenen Wetterstationen der Welt – werden seit 1886 bedeutende Messdaten erhoben. Diese dienen nicht nur der lokalen Wettervorhersage, sondern auch der Erforschung des Klimawandels in Hochgebirgsregionen und seiner Auswirkungen auf Gletscher und Schneebedingungen.

Einen herausragenden kulturellen und wirtschaftlichen Stellenwert nehmen die Salzburger Festspiele ein, die 2025 ihr 105-jähriges Jubiläum feiern. Jährlich generieren sie eine Wertschöpfung von 199 Millionen Euro in Salzburg und 250 Millionen Euro in Österreich. Zudem sichern sie 2.589 Arbeitsplätze in Salzburg und 2.943 österreichweit.



Europa der Regionen



Steiermark – eine europäische Region

Die Steiermark hat in vielen Bereichen vom EU-Beitritt profitiert. Der Binnenmarkt eröffnete der exportorientierten Wirtschaft neue Absatzmärkte, während Agrar- und Regionalförderungen zahlreichen steirischen Betrieben und Regionen neue Impulse lieferten. Auch der Bildungs-, Wissenschafts- und Forschungsbereich profitieren.

Für das Jahr 2022 wird in der Steiermark ein Bruttoregionalprodukt pro Kopf von 128 % des EU-Durchschnitts ausgewiesen. Die steirische Automobilindustrie zählt zu den bedeutendsten und innovativsten Wirtschaftszweigen Österreichs und ist eine der wichtigsten Branchen des Bundeslandes. Über 300 Betriebe mit insgesamt 70.000 Beschäftigten erwirtschaften jährlich rund 17 Milliarden Euro. Die Automobilindustrie trägt mit einem Anteil von 24 % maßgeblich zum BRP (Bruttoregionalprodukt) bei – das bedeutet, jeder vierte in der Steiermark erwirtschaftete Euro stammt aus der Mobilitätsindustrie.

Angesichts der europäischen und internationalen Verflechtungen bleibt auch die Steiermark von den globalen Umbrüchen in dieser Branche nicht unberührt – Stichwort E-Mobilität. Jede Trendwende am Weltmarkt, jede neue Regulierung, jede politische Mobilitätsentscheidung wirken sich direkt oder indirekt auf die regionale Wirtschaftsleistung und die Arbeitsplätze aus.

Auch in der Forschung und Innovation spielt die Automobilindustrie eine zentrale Rolle. Die Forschungsquote – also der Anteil der Forschungsausgaben am BRP – liegt in der Steiermark mit 5,17 % deutlich über dem nationalen und dem EU-Durchschnitt (2,24 %). Rund 15 % des österreichischen Forschungsbudgets fließen in diesen Bereich, ein großer Teil davon in die Steiermark. Sowohl Unternehmen als auch Forschungseinrichtungen setzen verstärkt auf umweltfreundliche Technologien wie Elektromobilität und CO₂-Reduktion.

Aufgrund ihrer geografischen Lage und wirtschaftlichen Ausrichtung nimmt die Steiermark eine Schlüsselrolle als „Brückenkopf“ nach Südosteuropa ein. Dabei geht es nicht nur um den engen Austausch mit den unmittelbar angrenzenden Mitgliedstaaten, sondern auch um die Nähe zu mehreren EU-Beitrittskandidaten, die in Zukunft neue wirtschaftliche Perspektiven eröffnen könnten.



Tirol – eine europäische Region

Tirol hat vom EU-Beitritt wirtschaftlich und infrastrukturell enorm profitiert und konnte seine Stärken als Tourismus- und Exportregion weiter ausbauen. Mit einem Bruttoregionalprodukt von 51.200 Euro pro Kopf erreicht Tirol 148 % des EU-Durchschnittswertes und zählt damit zu den wirtschaftsstärksten Regionen Europas. Seit dem EU-Beitritt 1995 ist die Bevölkerungszahl in Tirol um 19,4 % auf 775.970 angewachsen.

Seit dem EU-Beitritt sind die Nächtigungen in Österreich um fast 30 % auf rund 151 Millionen gestiegen und Tirol konnte seine Position als führende Tourismusregion in Europa weiter festigen. Besonders der Wintertourismus nimmt in Tirol eine zentrale Rolle ein – die EU-Länder sind hier die wichtigsten Herkunftsmärkte. Noch ist eine positive Entwicklung erkennbar, doch die negativen Folgen des Klimawandels werden zunehmend spürbar: Der Rückgang der Gletscher, das Abtauen des Permafrosts und zunehmender Starkregen führen verstärkt zu Naturgefahrenereignissen mit Auswirkungen auf Siedlungsraum, Infrastruktur und die regionale Wirtschaft.

Laut Geosphere Austria hat auch im Alpenraum die Lufttemperatur seit Mitte des 19. Jahrhunderts um knapp 2 °C zugenommen. Expert:innen gehen davon aus, dass sich dieser Trend bei fortschreitenden Treibhausemissionen weiter fortsetzen wird. Schon jetzt können viele Skigebiete ohne Beschneigung keine durchgängige Schneedecke mehr bieten.

Mit einer gemeinsamen Klimapolitik will die EU den negativen Entwicklungen entgegenwirken. Im Europäischen Klimagesetz, das als zentrales Element des europäischen „Grünen Deals“ verabschiedet wurde, ist das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 festgeschrieben – und damit eine rechtliche Verpflichtung für alle EU-Mitgliedstaaten.

Tirol ist aufgrund seiner geografischen Lage ein wichtiger Verkehrsknotenpunkt innerhalb Europas. Zwei der vier Freiheiten des Binnenmarktes – der freie Waren- und Personenverkehr – führen zu einem stetigen Verkehrsaufkommen zwischen den EU-Staaten. Aufgrund der topografischen Gegebenheiten ist Tirol besonders stark von Umweltbelastungen durch den Güter- und Personenverkehr betroffen.



Europa der Regionen



Vorarlberg – eine europäische Region

Der EU-Beitritt 1995 hat für Vorarlberg zahlreiche positive Veränderungen mit sich gebracht. Mit einem Bruttoregionalprodukt pro Kopf von 165 % des EU-Durchschnitts zählt Vorarlberg zu den wirtschaftsstärksten Regionen Europas und belegt Platz 16 von 272.

Besonders die Vorarlberger Exportwirtschaft konnte von der uneingeschränkten Teilnahme am Binnenmarkt profitieren. Seit dem EU-Beitritt hat sich das Exportvolumen von 2,8 Milliarden Euro im Jahr 1995 auf knapp 14 Milliarden Euro im Jahr 2023 fast verfünffacht.

Die dynamische Wirtschaftsentwicklung und die hohe Lebensqualität haben auch zu einem starken Bevölkerungswachstum geführt. Seit 1995 ist die Einwohnerzahl um mehr als 20 % gestiegen – ein Zuwachs von 68.500 Menschen. Das entspricht in etwa der Bevölkerung der beiden Städte Bregenz und Feldkirch zusammen.

Die Bodenseeregion war stets geprägt von engen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verflechtungen sowie einem grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt. Zahlreiche Arbeitnehmer:innen pendeln täglich über die nationalen Grenzen zwischen Deutschland, der Schweiz, Österreich und Liechtenstein. Der EU-Beitritt Österreichs, die EWR-Mitgliedschaft Liechtensteins (1994) und der bilaterale Vertrag zwischen der EU und der Schweiz (2002) haben dazu geführt, dass die EU-Personenfreizügigkeit für Staatsbürger:innen der Bodensee-Anrainerstaaten heute kaum noch Beschränkungen unterliegt.



Wien – eine europäische Region

Wien profitiert sehr stark von den wirtschaftlichen Verflechtungen innerhalb der EU – insbesondere mit Deutschland und vielen osteuropäischen Staaten. Wie viele andere Hauptstadtregionen zählt auch Wien zu den wohlhabendsten Regionen der EU. Mit einem Bruttoregionalprodukt pro Kopf von 160 % des EU-Durchschnitts wäre Wien im Vergleich zu den EU-Staaten die viertreichste Region.

Auch das starke Bevölkerungswachstum der letzten Jahrzehnte zeugt von einer positiven Entwicklung. Aus einer stagnierenden bzw. schrumpfenden Stadt wurde eine stark wachsende Großstadt. Gleichzeitig wandelte sich Wien – überwiegend aufgrund der internationalen Zuwanderung – von einer überalterten Stadt in eine junge, dynamische Metropole.

Wien ist nicht nur die fünftgrößte Stadt der EU, sondern auch eine der vielfältigsten Millionenstädte. Seit 1995 ist Wien um 286.000 Menschen gewachsen, was in etwa der Größe Brünns entspricht. 66 % der hier lebenden Menschen haben die österreichische Staatsbürgerschaft, 14 % stammen aus einem anderen EU-Land und 20 % sind Drittstaatsangehörige.

Wien gilt zudem als Forschungshauptstadt: Mehr als 1.500 Forschungseinrichtungen sind hier ansässig. 31 % der nationalen Ausgaben für Forschung und Entwicklung (F&E) entfallen auf Wien, und fast 6 % der Beschäftigten arbeiten in diesem Bereich. Die Forschungsquote – also der Anteil der Forschungsausgaben am BIP – betrug im Jahr 2021 rund 4 % und lag damit deutlich über dem EU-Durchschnitt von 2,3 %.

Innerhalb Europas wird die Zusammenarbeit in Forschung und Innovation großgeschrieben. Das zentrale Finanzierungsinstrument in Forschung, Technologie und Innovation (FTI) auf europäischer Ebene ist das EU-Rahmenprogramm Horizon Europe („Horizon Europe“) mit einem Etat von 93,3 Milliarden Euro für sieben Jahre (2021–2027). Es ist das größte zusammenhängende kooperative Programm für FTI in der Geschichte der Europäischen Union und weltweit. Die Finanzierungs- und Förderformen reichen von der Grundlagenforschung bis zur innovativen Produktentwicklung. Ein großer Teil der Mittel wird an Forschungskonsortien vergeben, im Rahmen derer Partner:innen aus mehreren Ländern ein gemeinsames Forschungsziel verfolgen und ihr Wissen bündeln. Österreich konnte aus dem EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“, das von 2014 bis 2020 lief, über 1,65 Milliarden Euro abrufen und war an über 2.700 geförderten Projekten beteiligt – davon entfielen über 1.100 Projekte auf Wien.



